

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/235

Bonn, den 9. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2 a	<u>Auf der Suche nach Neuorientierung</u> Vor der NATO-Tagung in Paris Von * * *	96
2 - 3	<u>Und die Agrarpolitik... ?</u> Von Dr. Martin Schmidt - Gellersen, MdB	97
4	<u>Veränderungsbedürftig</u> Versorgungslücken bei Soldatenwitwen	46
5 - 6	<u>Grünes Licht für Wilsons EWG-Initiative</u> Die große Unbekannte bleibt zunächst noch Frankreich Von Egon J. Heinrich + + +	85

## Auf der Suche nach Neuorientierung

### Vor der NATO-Ragung in Paris

Von \* \* \*

Die traditionelle Dezembertagung des NATO-Rates in Paris wird in der ganzen Welt mit Aufmerksamkeit beobachtet. Dafür gibt es mehrere Gründe. Frankreichs Haltung gegenüber der NATO ist unverändert geblieben. Zwar will Frankreich Mitglied des Bündnisses bleiben, die französischen Truppen jedoch wurden dem NATO-Oberkommando entzogen und nicht-französische Truppenkontingente müssen das französische Territorium räumen.

In einigen wichtigen Bündnisländern sind entscheidende politische Veränderungen erfolgt. Die Bundesrepublik Deutschland wird auf der diesjährigen Tagung des NATO-Rates mit dem sozialdemokratischen Außenminister Willy Brandt vertreten sein. In Norwegen hat ein Regierungswechsel stattgefunden und obwohl in Dänemark Jens Otto Krag Ministerpräsident geblieben ist, gehört der langjährige dänische Außenminister Haekkerup nicht mehr der Regierung an. Die Minderheitsregierung Krag muß in allen Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik jetzt auf die seit der letzten Wahl mit 20 Abgeordneten in das Parlament eingezogenen Volkssozialisten Rücksicht nehmen. Diese bekämpfen heftig die bisherige Außen- und Verteidigungspolitik Dänemarks. Auch in Italien haben sich durch die Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Linksozialisten gewisse Veränderungen ergeben, die zwar keinen grundsätzlichen Wechsel in der Außen- und Verteidigungspolitik darstellen, aber doch von der italienischen Regierung berücksichtigt werden müssen. In Belgien und in den Niederlanden wird zur Zeit in allen Parteien heftig über die Frage diskutiert, ob das NATO-Bündnis in seiner bisherigen Form noch der veränderten Weltlage entspricht. In Großbritannien macht sich bei eindeutigem Bekenntnis zur Bündnistreue eine starke Tendenz zur Neuorganisation des Bündnisses bemerkbar.

Und die Vereinigten Staaten? Die in den vergangenen Jahren alle NATO-Partner bewegende Diskussion darüber, wie die Verfügungsgewalt oder das Mitspracherecht bei der atomaren Strategie gehandhabt werden kann, ist zum Stillstand gelangt. Aus vielerlei Gründen beharren die Amerikaner auf dem Standpunkt, daß allein der Präsident der Vereinigten Staaten die letzte Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen haben muß. Die meisten Pläne zu einer irgendwie gearteten Teilhaberschaft an atomarem Waffenbesitz wurden zu den Akten gelegt. Wenn nicht alles täuscht, wird man bei der diesjährigen Tagung des NATO-Rates in Paris nicht einmal mehr darüber sprechen.

Aus allen diesen Gründen kann vermutet werden, daß man in Paris die Frage diskutieren wird, ob die jetzige Organisation des NATO-Bündnisses noch den politischen und militärischen Erfordernissen einer veränderten Weltlage entspricht und - falls diese Frage mit NEIN beantwortet werden sollte - welche Konsequenzen militärisch und politisch aus einer solchen Feststellung zu ziehen wären.

Das Problem einer militärischen Bedrohung aus dem Osten wird von den Bündnispartnern unterschiedlich beurteilt. Zwar kennt man die militärische Stärke der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, glaubt jedoch

nicht, daß die heutigen Machthaber in Krenl bereit wären, durch Einsatz militärischer Mittel den Status quo in Europa zu verändern. Wortführer dieser Auffassung ist Frankreich, das - wie der Kossygin-Besuch in Paris gezeigt hat - bereit ist, aus dieser Überlegung auch politische Konsequenzen zu ziehen.

Darunter versteht man in Paris eine "gesamteuropäische Entspannungspolitik", der sich - nach Auffassung de Gaulles - alle übrigen NATO-Partner anschließen sollen. So merkwürdig es klingen mag - die offizielle amerikanische Politik ist von dieser französischen These nicht allzuweit entfernt, obwohl man im Pentagon nach wie vor Wert darauf legt, die Verteidigungsbereitschaft des Westens auch weiterhin zu stärken. Großbritannien und die skandinavischen NATO-Partner Dänemark und Norwegen neigen ebenfalls zur Einleitung einer politischen Entspannungsoffensive und auch Italien würde gern eine solche Entwicklung fördern.

Anders sieht es in Griechenland und in der Türkei aus. Zwar sind die dortigen Regierungen relativ labil, aber doch herrscht dort die Furcht vor einem sowjetischen Angriff vor. Mit andern Worten: Griechenland und die Türkei würden sich nur schweren Herzens entschließen können, Entspannungstendenzen einer neuformulierten NATO-Politik zu unterstützen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in den früheren Jahren immer von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein sowjetischer Angriff auf den Westen Europas durchaus möglich sei und daß man infolgedessen die militärische Bereitschaft zur Abwehr eines solchen Angriffes ständig steigern müsse. Aus dieser Grundeinstellung ergab sich die absolute Übereinstimmung der deutschen mit der amerikanischen Verteidigungspolitik. Das wiederum aber führte trotz des 1963 zwischen Paris und Bonn abgeschlossenen Freundschaftsvertrages zu Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, aber auch zu einer gewissen Abkühlung des Verhältnisses Bonn - Washington.

Alles das muß der neue Außenminister Willy Brandt berücksichtigen. Brandt ist für die meisten seiner Gesprächspartner kein Unbekannter; mit einigen von ihnen verbindet ihn sogar langjährige persönliche Freundschaft. Man schätzt seine Aufrichtigkeit und seinen Sinn für politische Realitäten. Man weiß auch, daß er der deutschen Außenpolitik neue Impulse zu geben gedenkt. Erstens will er, daß die Bundesrepublik Deutschland eindeutiger als bisher jeden Mitbesitz an atomaren Waffen ablehnt. Zweitens strebt Brandt an, daß die Bundesrepublik, in Einvernehmen mit ihren Verbündeten, klar erkennbare Akzente zur Sicherung des Friedens in Europa setzt. In den Rahmen einer solchen Politik stellt der neue Außenminister sein Bemühen um die Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und zur Sowjetunion. Hierbei geht er von der Überlegung aus, daß sich solche Bemühungen durchaus mit ähnlichen Bestrebungen der anderen NATO-Partner synchronisieren lassen, ohne daß dadurch die Bereitschaft zur wirksamen Verteidigung gemindert wird. - Sicher wird von der diesjährigen Pariser NATO-Tagung nicht mit einem spektakulären Ergebnis gerechnet werden können. Aber doch darf man wohl die Voraussage wagen, daß bei den zahlreichen Gesprächen, die während und am Rande der Konferenz zwischen den Staatsmännern geführt werden, die Klärung zahlreicher bisher umstrittener Fragen möglich sein wird. Daß hierbei auch das etwas abgekühlte Verhältnis zwischen Paris und Bonn eine Rolle spielen dürfte, wird als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Und die Agrarpolitik... ?

Von Dr. Martin Schmiat - Gellersen

Die neue Bundesregierung hat auch in der Agrarpolitik ein sehr schwieriges Erbe übernommen. Das hängt nicht nur damit zusammen, daß zwischen dem 1. Juli 1967 und dem gleichen Datum 1968 die Erzeugerpreise für Getreide und die davon abhängigen Veredelungsprodukte (Schweinefleisch, Eier und Schlachtgeflügel) sowie für Zuckerrüben empfindlich zurückgehen werden und die Erlöse für Rindfleisch und Milch im günstigsten Falle nominell unverändert bleiben. Die Einkommensminderungen werden für jeden Landwirt spürbar sein. Nicht minder entscheidend ist, daß der frühere Bundeskanzler Professor Dr. Erhard der Landwirtschaft eine ganze Reihe von Zusagen gegeben hat; so u.a. daß sie nicht nur für einen wesentlichen Teil der Verluste voll entschädigt wird sondern sie könne darüber hinaus auch mit dem Ausgleich gewisser Wettbewerbsnachteile rechnen, die in der Tat zu ihren Ungunsten in der EWG bestehen. Aber weder das eine noch das andere hat die frühere Bundesregierung daran gehindert, im alten Trott weiter zu beharren bzw. veranlaßt, zu neuen Ufern zu gelangen.

Jetzt kommt es darauf an zu verhindern, daß die nicht sehr erfreuliche Lage noch unerfreulicher wird. Dazu gehört in erster Linie, daß für eine möglichst einheitliche Durchführung der Brüsseler Preis- und Marktordnungsbeschlüsse in allen Partnerländern gesorgt wird. Es wäre nicht zu verantworten, wenn beispielsweise die deutschen Bauern nach dem 1. Juli feststellen müßten, daß sie trotz eines harmonisierten EWG-Getreidepreises niedrigere Erlöse erzielen als ihre Berufskollegen in Frankreich und Italien, weil in diesen beiden Ländern die gemeinsamen Bestimmungen anders ausgelegt und durchgeführt werden. Übergangsfristen zur Beseitigung dieser Abweichungen können von deutscher Seite nicht zugestanden werden.

Ob sich im EWG-Ministerrat eine Mehrheit für die Revision des Getreidepreiseschlusses von 1964 finden läßt, bleibt abzuwarten; auf jeden Fall kann die Bundesregierung mit gutem Gewissen jede Initiative unterstützen, die darauf abzielt, den Preisbestand zwischen Weizen und Futtergetreide zu verringern. Schon um die finanziellen Belastungen zu vermindern, muß die Weizenproduktion zugunsten des Anbaus von Futtergetreide eingeschränkt werden.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß die Bundesregierung bestrebt sein muß, auf einen weiteren Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt hinzuwirken. Und dafür die erforderliche Ausgangsposition zu schaffen, wäre es angebracht, zumindest in Teilbereichen eine Bestandsaufnahme der bestehenden Wettbewerbsunterschiede durchzuführen. Auf diese Weise würde auch in der Öffentlichkeit das Verständnis für die Lage unserer Landwirtschaft in der EWG geweckt. Wenn für gleiche Bedingungen gesorgt wird, brauchen unsere Bauern den freien Markt nicht zu scheuen.

Um für gleiche Bedingungen zu sorgen, werden auch in der Bundesrepublik gewisse Anpassungen notwendig sein, über die noch bei anderer Gelegenheit zu reden sein wird. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der ergänzenden Bestimmungen für Obst und Gemüse am 1. Januar 1967 ist an die Einbringung eines deutschen Durchführungsgesetzes zu denken.

Das aktuellste Problem aber ist die Aufstellung des Agrarhaushalts für 1967. Dabei sollte zunächst einmal grundsätzlich geprüft werden, ob es nicht an der Zeit wäre, von der Aufteilung zwischen einem ordentlichen Haushalt, dem Grünen Plan und der EWG-Anpassungshilfe abzugehen. Es ist völlig unnötig, daß sich auch die neue Bundesregierung laufend dem Vorwurf aussetzt, sie spiegle durch Umbuchungen bestimmte Leistungen vor.

Zur Durchführung dringender struktureller und sozialer Maßnahmen muß innerhalb des Einzelplanes zehner weitere Einsparungsmöglichkeiten gesucht werden. Einkommenswirksame und investitionsfördernde Maßnahmen brauchen davon nicht betroffen zu werden.

Dabei wäre beispielsweise daran zu denken, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Getreidebestände, die an Tage der Senkung der deutschen Preise vorhanden sind, und für die der Bund einen Verlustausgleich zahlen muß, möglichst niedrig gehalten werden. Auch bei den Erstattungsansprüchen erscheinen Abstriche möglich. Der Landwirtschaft würde dadurch kein Nachteil entstehen. Es geht nur darum, das bisherige Verfahren zu verlängern, wonach bei der Ausfuhr von Getreide und Verarbeitungserzeugnissen die abschöpfungsfreie Einfuhr einer entsprechenden Getreidemenge zugelassen wird. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß eine Überprüfung dieses Verfahrens unterbleiben soll. Auf längere Sicht wird ein besonderer EWG - Agrar-Etat aufzustellen sein, in dem die Beiträge an den Brüsseler Agrarfonds und die Rückflüsse saldiert werden.

Zu den einzelnen Positionen des Agrar-Etats wird noch Stellung zu nehmen sein, wenn die Bundesregierung den von ihrer Vorgängerin übernommenen Entwurf nochmals geprüft hat. Um zu verhindern, daß der Anpassungsprozeß der Landwirtschaft gebremst und die Durchführung der Investitionshilfe gefährdet werden, erscheint es jedoch geboten, schon jetzt auf die Notwendigkeit einer Erhöhung des Ansatzes für die Zinsverbilligung, allerdings unter geänderten Voraussetzungen, hinzuweisen. Es handelt sich dabei um einen relativ bescheidenen Betrag, der innerhalb des Etats ohne weiteres aufzubringen ist.

Schon bei der Vorlage des nächsten Grünen Berichts Anfang 1967 wird die Bundesregierung nicht darauf verzichten können, auch in der Agrarpolitik neue Akzente zu setzen. Dabei wird es sehr darauf ankommen, die Diskussion aus der Verkampfung der vergangenen Jahre herauszuführen. Die Bauern haben Anspruch darauf, daß man ihnen reinen Wein einschenkt. Nicht nur mit Vorleistungen muß es vorbei sein, sondern auch mit Versprechungen, von denen man weiß, daß sie nicht einzuhalten sind. Es bedeutet keine Aufgabe von Grundsätzen, wenn man auch in der Agrarpolitik dazu übergeht, die Lage realistisch zu sehen und gemeinsam mit den betreffenden Wirtschaftsgruppen über geeignete Lösungsmöglichkeiten zu beraten.

## Veränderungsbedürftig

---

### Versorgungslücken bei Soldatenwitwen

sp - Nach dem Untergang von U-Hai hat sich die Frage der Versorgung von Soldatenwitwen und Waisen schärfer als früher gestellt. 19 Seeleute gingen damals unter. Es zeigte sich, daß man durch Aufrufe für die Angehörigen der untergegangenen Männer sammeln mußte, um deren schlimmste Notlage zu überwinden.

Ähnlich gelagert ist die Situation für Frauen und Kinder von Starfighter-Piloten. Oft gibt es Schießunglücke oder auch ganz einfache Unfälle mit Bundeswehrfahrzeugen im Straßenverkehr, die Tote zur Folge haben. Nach einer Übersicht des Bundesverteidigungsministeriums kommen jährlich 750 Bundeswehrsoldaten bei Unfällen ums Leben.

Die Versorgung der Angehörigen ist unterschiedlich und unbefriedigend. Ein Bootsmann von U-Hai blieb in der Nordsee. Seine Frau bekam eine Übergangshilfe von rund 8.700 DM. Hinzu kamen als Sterbegeld 1.300 DM, der Betrag von zwei Monatsbezügen. Da es sich bei dem Bootsmann um einen Soldaten auf Zeit handelt, wurde darüber hinaus nichts gegeben.

Zwar wurde im August 1966 das Soldatenversorgungsgesetz so geändert, daß ein bestimmter Personenkreis in der Bundeswehr besser abgesichert ist. Angehörige von verunglückten Piloten, Fallschirmjägern, Männern der Minenwaffe und anderer Spezialeinheiten erhalten mehr. Es handelt sich hier aber nur um 25 000 Soldaten einer Truppe, die im ganzen rund 480 000 Mann stark ist. Allgemein gibt es für die Witwen dieser Männer 20 000 DM. Die Hinterbliebenenversorgung ist somit dreifach gespalten.

Wenn ein Wehrpflichtiger im Dienst verunglückt, kann die Versorgung für die Frau wie folgt aussehen: Zwei Monate Wehrsold als Sterbegeld und 120 DM Grundrente. Sind zwei kleine Kinder da, steigert sich die Rente auf knapp 580 DM. Wenn ein Zeitsoldat als Fallschirmjäger (Feldwebel) wenige Minuten nach einem geglückten Absprung auf andere Weise zu Tode kommt, bekommt seine Witve nicht die 20.000 DM, sondern nur ein Übergangsgeld, das sich nach der Dienstzeit ihres Gatten bemißt und bei 10.000 DM liegen kann. Es folgt eine Rente, die bei 400 DM liegt, wenn zwei kleine Kinder da sind.

Am grotesksten wird diese so unterschiedlich geregelte Versorgung an folgendem Beispiel: Wenn ein Starfighter mit einer Heereschrauberschrauber zusammenstößt, bekommt die Witve des Starfighter-Piloten 40.000 DM und die des Hubschrauberpiloten 20.000 DM. Verunglückt bei der anschließenden Rettungsaktion ein Zeitsoldat, kann man von durchschnittlich 10.000 DM ausgehen. Sitzt neben ihm im Auto ein Wehrpflichtiger, der zu Tode kommt, so gibt es für die Witve nur zwei Monate Wehrsold und die übliche kleine Grundrente.

Es ist an der Zeit, sich mit dieser unterschiedlichen Versorgung zu beschäftigen. Bei einer hochtechnisierten Armee in Stärke von annähernd 500 000 Mann muß man davon ausgehen, daß jährlich mehrere hundert Soldaten verunglücken. Die Angehörigenversorgung dieser Männer aber sollte nach einheitlichen Maßstäben geregelt sein.

## Grünes Licht für Wilsons EWG-Initiative

---

Die große Unbekannte bleibt zunächst noch Frankreich

Von Egon C. Heinrich

Grünes Licht für seine Sondierungsgespräche mit der EWG hat Premierminister Wilson jetzt von den Regierungschefs der Kleinen Freihandelszone EFTA erhalten. Im Londoner Lancaster House waren auf Einladung des britischen Premiers die sieben EFTA-Partner zusammengelassen, um über den Eintritt Großbritanniens - des wichtigsten EFTA-Mitglieds - in den Gemeinsamen Markt zu beraten. Am 10. November hatte Harold Wilson vor dem Unterhaus die Bereitschaft seines Landes erklärt, der EWG unter gewissen Voraussetzungen als Vollmitglied beizutreten.

Um das Terrain zu sondieren, werden Wilson und sein Außenminister George Brown Anfang 1967 eine Rundreise durch die Hauptstädte der sechs EWG-Länder antreten. Bis Mitte März sollen die Konsultationen abgeschlossen sein. Eröffnet werden die Konsultationen am 16./17. Januar in Rom. Politische Beobachter rechnen damit, daß Wilson die volle Unterstützung der italienischen Regierung für seinen Beitrittswunsch finden wird. Auch die Zustimmung der drei Benelux-Länder und der Bundesregierung zum England-Beitritt gilt als sicher. Als schwierigste Station innerhalb der Rundreise folgt dann am 24./25. Januar ein Besuch Wilsons in Paris. Die Haltung der französischen Regierung, insbesondere des Staatspräsidenten de Gaulle, ist auch diesmal wieder die große Unbekannte im Kampf um die dringend notwendige geographische Erweiterung der EWG. Die politischen Astrologen des Elysée-Palastes haben einen schweren Stand.

\* \* \*

Die EFTA-Länder und das assoziierte Finnland haben den Beitrittsbemühungen Wilsons ihren Segen erteilt. Der Premier hat nun also bei seinen Konsultationen mit der EWG den Rücken frei, er braucht kaum noch Rücksicht auf die EFTA-Partner zu nehmen. Er hat jedoch versichert, daß er die Kleine Freihandelszone nicht im Stich lassen werde. Andererseits ist man nicht soweit gegangen, ein geschlossenes Vorgehen festzulegen. Die EFTA-Mitglieder Dänemark, Norwegen und Österreich streben selbst ein Arrangement mit dem Gemeinsamen Markt an. Für Dänemark ist eine baldige Aufnahme in die EWG schon deshalb lebenswichtig, weil die dänischen Agrarausfuhren in die Sechsergemeinschaft immer mehr erschwert werden. Norwegen hatte sein Beitrittsge-such bereits 1961 mit jenem Londons gekoppelt. Beide Länder wollen aber auch diesmal England den Vortritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration Europas überlassen

\* \* \*

Nicht so einfach liegt die Situation für die neutralen EFTA-Staaten Schweden, Schweiz und Österreich. Für die Schweiz und Schweden kommt eine Vollmitgliedschaft oder eine Assoziation mit der EWG vorerst nicht in Frage. Diese Länder plädieren daher für eine groß-europäische Freihandelszone und setzen ihre Hoffnungen zunächst einmal auf die weltweiten Zollsenkungen durch die Kennedy-Runde. Die Verhandlungen zwischen der EWG und Österreich sind dagegen schon

sehr weit gediehen; am Mittwoch hat der EWG-Ministerrat der Kommission ein Mandat zur Fortsetzung der Gespräche mit Wien erteilt. Die nächste Verhandlungsrunde Brüssel/Wien beginnt bereits in der kommenden Woche. Über die politischen Fragen der Österreich-Assoziation sollen die EWG-Regierungen auf französischen Vorschlag gesondert beraten. Dieser Vorstoß muß im Zusammenhang mit dem Frankreich-Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin gesehen werden. Wie schon der sowjetische Staatspräsident Podgorny während seines kürzlichen Österreichbesuchs; so sprach sich auch Kossygin in Paris gegen eine Verbindung Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt aus. Nach Ansicht des Kremls würde ein solcher Schritt die Neutralitätsverpflichtung verletzen, die Österreich im Staatsvertrag von 1955 übernommen hatte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß de Gaulle in der Österreichfrage seinem Besucher aus Moskau gewisse Konzessionen gemacht hat.

\* \* \*

Einig waren sich die EFTA-Regierungschefs in London auch darüber, daß die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas in die beiden Blöcke EWG und EFTA überwunden werden muß, wenn die diskriminierenden wirtschaftlichen Auswirkungen nicht noch gravierender werden sollen. Die Zölle innerhalb der EFTA fallen bereits zum 1. Januar 1967 ganz weg. In der EWG wird es erst am 1. Juli 1968 soweit sein. Die Auswirkungen auf die traditionellen Handelsströme werden dann besonders nachteilig sein, wenn nicht vorher durch Beitritt zur EWG oder durch die Kennedy-Runde Abhilfe geschaffen wird. Die Außenzölle werden nämlich in beiden Wirtschaftsblöcken auch nach Wegfall der inneren Zölle aufrecht erhalten.

\* \* \*

Über das WIE des Brückenschlags ist man allerdings noch verschiedener Meinung. England, Dänemark, Norwegen und Österreich sind wie die EWG-Länder zur Überzeugung gelangt, daß nur die Vollmitgliedschaft in der EWG eine Dauerlösung darstellen kann. Dies ist gleichzeitig ein Vertrauensbeweis für die wirtschaftliche und politische Zukunft der Europäischen Gemeinschaft. Andererseits haben auch die EWG-Länder ein elementares Interesse am Beitritt der traditionellen nordeuropäischen Staaten.

Der neue Bundesaußenminister Willy Brandt wird dieses Ziel mit größtem Nachdruck verfolgen, wie er dies erst Mitte November vor dem Berliner Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien in den EWG-Staaten zum Ausdruck gebracht hat. Die unerlässliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen könnte auch die Haltung von de Gaulle in der Englandfrage beeinflussen und die Chancen für erfolgreiche Beitrittsverhandlungen erhöhen.

+ + +